

Warum ist die Bonner Agrarpolitik bauernfeindlich ?

Von HERBERTARNDT

Notstandskanzler Erhard kann alles und macht alles. Erhard verspricht allen alles — den Kleinbauern eine gesicherte Existenz, den Mittelbauern mehr Land, den Großbauern mehr Geld, den Revanchisten Land in Polen und in der CSSR, der Jugend eine bessere Ausbildung, der Bäuerin das Blaue vom Himmel. Er ist ein Kanzler der Landwirtschaft, wie er im Buche steht. Jetzt kümmert er sich um den Bauernverband, um die Renten der Bauern, um Erzeugerpreise usw. Grund: Die Bundestagswahlen stehen vor der Tür. Die CDU/CSU spekuliert auf fünf Millionen Wählerstimmen aus der Landwirtschaft.

So wie heute in Westdeutschland war im imperialistischen Deutschland schon immer die Perspektive des Bauern stets das Umstrittenste. Keine der imperialistischen Parteien und Regierungen konnte den Bauern eine gesicherte Zukunft garantieren. Millionen Bauern endeten im Schützengraben des Krieges', Hunderttausende von Bauernwirtschaften kamen unter den Hammer.

Das ist auch die Perspektive, die Erhard für die westdeutschen Bauern bereithält, wenn er vor den Wahlen auch noch so sehr um ihre Gunst buhlt. Aber mit der Atommine auf dem Acker und der Notstandsgesetzgebung im Schrank kann der westdeutsche Bauer seine Existenz nicht sichern, kann er nicht in Frieden säen und ernten.

Was der Bonner Kriegsminister Hassel im Bereich der Landwirtschaft vorhat, gab die westdeutsche Zeitschrift „Der Spiegel“ wieder: Es sollen nicht nur an Straßen, Brücken und Feldern Atomminen gelegt werden, sondern man will auch 40 bis 190 m tief unter den westdeutschen Dörfern Atomminen eingraben. Eine dieser Atomminen würde ein Loch von 360 m im Durchmesser und 100 m Tiefe aufreißen. Das ist ein Grab für ein ganzes Bauerndorf.

Trotz dieser Tatsache hört man noch folgende Meinung: Die demokratische Ordnung in der Bundesrepublik werde sich als stärker als der Irrsinn einiger Generäle erweisen.

Notstandsgesetze bedrohen auch Bauern

Wenn die demokratische Ordnung in Westdeutschland so stark ist, wozu dann Notstandsgesetze, und wieso konnte sie der Bundestag überhaupt beschließen, wo doch große Teile der Bevölkerung offen dagegen sind? Den westdeutschen Bauern hängt man mit der Notstandsgesetzgebung u. a. das Ernährungssicherungsgesetz an den Hals. Was haben sie von diesem Gesetz zu erwarten?

- 9 Den unmittelbaren staatlichen Eingriff in die Lenkung der Produktion;
- die Verlagerung der landwirtschaftlichen Produktion nach militärstrategischen Gesichtspunkten;
- 9 einen durch staatlichen Zwang gelenkten Einsatz der landwirtschaftlichen Produktionsmittel für kriegswirtschaftliche Aufgaben;
- 9 einen absoluten Ablieferungszwang;
- 9 ein staatliches Diktat der landwirtschaftlichen Kosten und Preise;
- 9 die staatliche Verwaltung landwirtschaftlicher Betriebe.

Die Erhard-Regierung will die Einhaltung dieses Gesetzes durch besondere „Bundesbehörden“ und „Bundesbeauftragte“ in den Dörfern sichern. Bis zur Errichtung von Ernährungsämtern nach faschistischem Vorbild sind alle Einzelheiten im Gesetz beschlossen worden. Der Druck von Lebensmittelkarten ist abgeschlossen, und sie liegen bereits in den Kreisen zur Ausgabe bereit. Dieses Gesetz ist der vorläufige Schlußpunkt einer Reihe von Gesetzen, die